

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 259 (1986)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

vom 15. Mai 1984 bis 15. Mai 1985

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind nun 40 Jahre verflossen. Der Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 ist in Europa in vielen kriegsbeteiligten Ländern als Gedenktag begangen worden, der mehr dem militärischen Sieg als der Wiederherstellung des Friedens gewidmet war. Bezeichnenderweise ist der diesem Jahrestag zugedachte Besuch des amerikanischen Präsidenten in Deutschland, der darauf angelegt war, das Gedenken der Millionen von Kriegsopfern mit einer Geste der Versöhnung durch symbolische Besuche Reagans auf dem Friedhof Bitburg und des Konzentrationslagers Bergen-Belsen zu verbinden, von verschiedenen Seiten scharf kritisiert worden.

Seit 1945 herrscht zwar auf dem europäischen Kontinent, wenn man von sowjetischen Militäraktionen absieht, die der Erhaltung des Status quo in Osteuropa galten, unter ständigem Druck und Gegendruck im Spannungsfeld Ost-West ein Zustand labilen Friedens. Aber ausserhalb Europas ist in keinem Jahr seit 1945 das Janustor zwischen Krieg und Frieden geschlossen geblieben; in jedem der seither vergangenen 40 Jahre wurde irgendwo rund um den Erdball ein Krieg geführt! Es ist errechnet worden, dass im Zeitraum von 1945 bis 1985 aufgrund kollektiver Gewaltanwendung mit militärischen oder politischen Zielen nicht weniger als 20 Millionen Menschen umgebracht worden sind. Wir sind in der Tat auch mitten im Frieden vom Krieg umgeben! Die Kriegsherde liegen gegenwärtig im Nahen und Mittleren Osten, in Zentralamerika und in Afrika.

Der Krieg zwischen *Irak* und *Iran* steht mittlerweile in seinem fünften Jahr. Eine Bereitschaft, die Feindseligkeiten zu beenden, ist zwar auf seiten des Irak sichtbar geworden; aber ein analoges Signal aus Persien erfolgte nicht. Das Kriegsgeschehen hat sich, nachdem

die Schläge Iraks gegen den Tankerverkehr im Persischen Golf und die Erdöl-Verladestation auf der Insel Kharg die Unterbindung der iranischen Ölexporte nicht zu bewirken vermochten, neuerdings wieder aufs feste Land verschoben. Ende Januar 1985 führte Irak im Grenzgebiet einen Schlag gegen iranische Stellungen, der aber keine nennenswerten Geländegewinne einbrachte. Im März startete hierauf Iran eine gross angelegte Offensive quer durch das Sumpfland des Tigris mit dem Ziel, im Süden die Verbindungsstrasse zwischen Bagdad und der Stadt Basra zu unterbinden. Unter enormen Verlusten wurde diese Absicht knapp vereitelt. Die Gegner stehen sich jetzt ungefähr wieder dort gegenüber, wo der Krieg begonnen hatte. Beide Kriegsparteien befleissigen sich wieder, im Hinterland Städte des Gegners zu bombardieren.

* * *

Auch in *Afghanistan* wird nach wie vor gnadenlos Krieg geführt. Es ist der Sowjetunion immer noch nicht gelungen, mit ihren überlegenen militärischen Mitteln – inzwischen sollen 150 000 Mann sowjetischer Truppen dort im Einsatz stehen – den Widerstand der Freiheitskämpfer zu brechen, deren Lage aber wegen mangelnder Ressourcen im Land schwieriger geworden ist. Die Russen zielen darauf ab, die Dörfer zu zerstören und den Widerstandsgruppen den Unterschlupf in der Bevölkerung und die Versorgung mit Nahrungsmitteln aus diesem Umfeld zu verunmöglichen. Dabei ist es zu einer Reihe von schweren Kriegsverbrechen der sowjetischen Besatzungstruppen gekommen, die summarische Exekutionen der Bevölkerung ganzer Dörfer vorgenommen haben, um gegen die Unterstützung des Widerstands ein Exempel zu statuieren. Das Hauptproblem der Sowjets in Afghanistan ist aber der Nachschub, welchen die Widerstandskämpfer aus Pakistan erhalten. Es sind Anzeichen vorhanden, dass Moskau mit jetzt ziemlich unverhüllten Drohungen einen Druck auf die pakistanische Regierung ausübt, den Verkehr über die Grenze zu Afghanistan zu unterbinden. Andernfalls ...

Im Nahen Osten nahm der Konflikt einmal mehr die Form von meist nur kürzere Zeit auf-flackernden Kampfhandlungen an. Die Lage in *Libanon* hat sich unter dem Szenario sporadischer Aktionen einzelner religiöser und politischer Gruppen im Berichtsjahr keineswegs stabilisiert. Im Gegenteil, die prekäre Ordnung der Regierung Gemayel droht zunehmend abzu-bröckeln. Der von der israelischen Besatzungs-macht im südlichen Li-banon in Etappen durch-geführte Rückzug hat die von den iranischen Fun-damentalisten inspirier-ten militanten Schiiten gestärkt, was neue Ge-fahr heraufbeschwört.

Sicher ist, dass die In-tervention Israels in Li-banon das erklärte Ziel, Galiläa von Operationen der damals im Libanon konzentrierten PLO zu befreien, mitnichten er-reicht hat. Zwar ist es gelungen, die PLO in Libanon auszuschalten; aber nach dem Abzug der Israelis aus dem südlichen Libanon sind die früheren PLO-Stütz-punkte nun lediglich durch eine schiitische Kampforganisation abgelöst worden, welche – wie die schrecklichen Anschläge mit sprengstoff-beladenen Lastwagen gezeigt haben – noch ungleich härter zuschlägt. Es ist nicht auszu-schliessen, dass zur Abwehr dieser neuen Be-drohung Israel ständig einen Gürtel libanesi-schen Territoriums besetzt halten muss. Oder aber eine zweite israelische Intervention zur Verhinderung drohender Übergriffe auf Galiläa steht in den Büchern!

Es ist inzwischen klar geworden, dass eine partielle Befriedung in dieser Region nicht von Dauer wäre. Es bedürfte vielmehr einer syste-

matischen Lösung möglichst aller brisanten politischen Probleme in der Region, damit ein auch nur einigermaßen verlässlicher Friedens-zustand im Nahen Osten zurückkehrt. Voraus-setzung wäre freilich ein Konsens über einen allgemeinen Modus vivendi zwischen Israel und den Arabern, der auch die Palästinen-ser miteinschliesst. Aber diesen Konsens zu fin-den, erweist sich nach wie vor als Quadratur des Kreises!

Ein weiterer Kriegs-herd befindet sich in Zentralamerika. Nach-dem es gelungen ist, die Bürgerkriegswirren in *El Salvador* zu entschärfen und den Nachschub der kommunistischen Gue-rillas auf dem Schleich-weg Osteuropa-Kuba-Nicaragua besser zu un-terbinden, kann eine ge-wisse Stabilisierung der innenpolitischen Lage in den durch Unterwande-rung und Umsturz be-drohten Staaten der Re-gion festgestellt werden. Die von den Amerika-nern durch unsanften Druck geförderte Demo-kratiesierung, verbunden mit wirtschaftlichen Re-

formen und einer sich auf 1,8 Milliarden Dol-lar beziffernden Militär- und Wirtschaftshilfe, beginnt ihre Früchte zu tragen.

Der Kristallisationspunkt des ideologischen Konflikts in Zentralamerika ist nach wie vor *Nicaragua*, wo die sandinistische Befreiungs-bewegung gegen das seinerzeitige Diktaturegime Somoza, einmal in den Machtpositionen konsolidiert, immer mehr zu einem Agenten des Weltkommunismus geworden ist. Die Wahlen vom Herbst 1984 haben den Sandini-sten zwar eine Mehrheit von 67% der abgege-benen Stimmen erbracht; aber die Opposition



Dr. Kurt Furgler
Bundespräsident für das Jahr 1985
Photo Peter Friedli, Bern



Wahlsieg für Präsident Ronald Reagan

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen vom 6. November 1984 ergaben einen grossen Erfolg für den bisherigen Amtsinhaber, der in 49 von 50 Staaten die Mehrheit errang.

Photo Weltwoche-Bildarchiv, Zürich

zigt, den Affront einer neuen «Filiale des Weltkommunismus» in diesem Teil der Welt so ernst, dass Nicaragua zunehmend unter Druck gesetzt wird. Reagan ist zwar mit der finanziellen Unterstützung der Contras im Kongress nicht durchgedrungen; aber Ortegas Reise nach Moskau hat bewirkt, dass nachher ein Wirtschaftsembargo glatt bewilligt worden ist. Die Auseinandersetzung, die auch Weiterungen auf internationaler Ebene (UNO) nach sich zieht, ist in vollem Gang.

* * *

stand entweder unter Druck oder übte Stimmabstinenz. Mit der Amtseinssetzung des am 4. November 1984 gewählten, erst 39jährigen, neuen Staatspräsidenten, Daniel Ortega Saavedra, änderte sich an der Zuwendung Nicaraguas zu Kuba und zur Sowjetunion nichts. Das Land ist mittlerweile mit Tausenden von Lehrern und Militär- und Zivilberatern aus Kuba durchsetzt worden, was Parallelen zu Angola und Grenada nahelegt. Das Abdriften Nicaraguas in den Kommunismus hat die nichtkommunistischen Sandinisten dem Regime entfremdet und zur Rebellion der sog. Contras geführt, die im Norden und Süden nach der Guerilla-Taktik operieren. Diese schwere Herausforderung schwächt die an sich schon seit der Revolution stark dahingeschwundene Wirtschaftskraft des Landes. Präsident Ortega begab sich deshalb im Mai 1985 auf Hilfesuche zuerst nach Moskau, dann aber auch noch nach Paris, Madrid, Rom und Skandinavien.

Die USA nehmen, durch das Trauma der Angliederung Kubas an den Ostblock gewit-

Zuletzt ist noch auf die Konflikte in Afrika hinzuweisen. Das Regime Mengistu in *Äthiopien*, das nach wie vor im Kampf gegen Aufständische in Erithrea und Tigré steht, hat sich inzwischen ganz offiziell zum Kommunismus bekannt. Die Hungerkatastrophe in Äthiopien wird derweilen durch Lebensmittelhilfe gigantischen Ausmasses aus dem Westen bekämpft. Die Sowjetunion schickt vor allem Waffen und Berater und tut sich mit humanitärer Hilfe eher schwer. In *Mozambique* ist inzwischen eingesehen worden, dass aus der Sowjetunion keine nennenswerte Hilfe zur Überwindung der allgemeinen Misere erwartet werden kann. Die Folge ist, dass Präsident Samora Machel ein aussenpolitisches Revirement vorgenommen hat. Er schloss 1984 überraschend einen Vertrag mit Südafrika ab (Vertrag von Nkomati). Darin verzichtete Südafrika auf die Unterstützung der Befreiungsbewegung Renamo, die in Mozambique im Kampf gegen die Regierung steht, während umgekehrt Mozambique sich verpflichtet hat, der Bewegung des kommunistisch gesteuerten ANC (African Na-

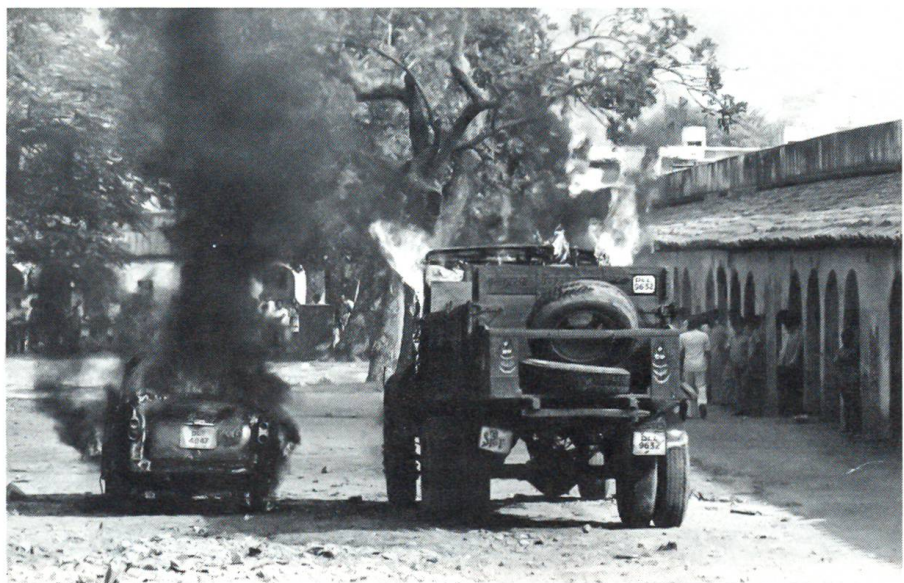
tional Congress), der sich in der Republik Südafrika durch Terrorakte hervortut, keine Basen und Sanktuarien mehr zu gewähren. Der Hafen Maputo steht jetzt dem südafrikanischen Aussenhandel wieder zur Verfügung, ebenso die Stromlieferungen aus dem neuen Kraftwerk Cabora Basso am Sambesi-Fluss. Allerdings scheint Südafrika die Unterbindung des Nachschubs für die Renamo verzögert zu haben. Erst auf Proteste der Regierung von Mozambique hin erfolgten um den Jahreswechsel wirksame südafrikanische Massnahmen der Grenze entlang und die Liquidation der Waffenlieferungen.

Noch nicht gelungen ist eine Entschärfung des Krisenherdes um *Angola* und das südafrikanische Treuhandgebiet von *Namibia* (Südwest-Afrika). Der Bürgerkrieg in Angola, in welchem die Unita-Bewegung unter Savimbi inzwischen ihre Herrschaft über weite Teile im Südosten und Zentrum des Landes auszudehnen vermochte, ist immer noch im vollen Gang. Etwa 25 000 kubanische Söldner sichern die von Moskau gestützte Regierung in Luanda ab. Südafrika hat gegen die Stützpunkte der SWAPO-Guerillas in Angola, die Namibia verunsichern, eine militärische Intervention im vom Ovambo-Stamm besiedelten, südlichsten Teil von Angola unternommen und ist etwa 40 km tief eingedrungen. Im Frühjahr 1985 ist die Besetzung dieses Territoriums wieder aufgegeben worden. Unklar ist noch, ob der Rückzug der südafrikanischen Truppen auf eine Übereinkunft zurückzuführen ist, wonach als Gegenleistung die in Angola stehenden kubanischen Söldner heimgeführt werden. Südafrika ist

nach wie vor nicht bereit, Namibia gemäss den Bedingungen einer UNO-Resolution in die Unabhängigkeit zu entlassen und damit der SWAPO den Weg zur Macht zu ebnen. Vielmehr wird ein neuer Versuch unternommen, ohne Übereinkunft mit der UNO unter südafrikanischer Aufsicht eine demokratische Regierung einzusetzen, soweit es die Sicherheit und Ordnung betrifft. Da mehr als die Hälfte der Bevölkerung von Namibia dem Ovambo-Stamm angehört, kann eine wirklich repräsentative Regierung nur gebildet werden, wenn es gelingt, die Führer der Ovambo in die neuen Pläne der Autonomie des Gebiets zu integrieren.

* * *

Die *Beziehungen zwischen den beiden Supermächten* sind auch im Berichtsjahr gespannt geblieben. Immerhin ist die zeitweise unterbrochene Gesprächsbereitschaft inzwischen wieder im Kommen. Es haben mehrmals persönliche Kontakte zwischen dem amerikanischen Aussenminister Shultz und seinem sowjetischen Gegenpart Gromyko stattgefunden,



Unruhen in Indien nach der Ermordung Indira Gandhis

Nach dem gewaltsamen Tod der indischen Premierministerin kam es im November 1984 unter der Bevölkerung zu schweren Zwischenfällen, Gewalttaten und Racheakten, die über 200 Todesopfer forderten.

Photo Weltwoche Bildarchiv, Zürich

die ein Präludium zum Wiederaufleben von bilateralen Konferenzen darstellten. Die Abrüstungskonferenz in Genf ist seit März wieder im Gang, während in Moskau zwischen den USA und der UdSSR neue Wirtschaftsverhandlungen aufgenommen worden sind. Auf dem den Globus umspannenden Feld der Strategie ist man sich aber nichts schuldig geblieben.

Die Cruise Missiles werden in den NATO-Ländern nach und nach installiert. Mittlerweile hat auch Belgien beschlossen, 16 der diesem Land zugedachten 48 amerikanischen Mittelstreckenraketen aufzustellen. Am 27. März hat nach dem Senat nun auch das amerikanische Repräsentantenhaus die von Präsident Reagan beantragte Produktion von

21 MX-Langstreckenraketen mit einem Kostenaufwand von 1,5 Milliarden Dollar gebilligt. Auf der Gegenseite sind weitere sowjetische Raketen des Typs SS-20 mit Mehrfachsprengköpfen in der DDR und in der Tschechoslowakei aufgestellt worden, die auf westeuropäische Ziele gerichtet sind. Das Rüstungsprogramm Reagans, das die vorher während langer Jahre sträflich vernachlässigte Kampfkraft der amerikanischen Streitkräfte wieder der Bedrohungslage anpassen soll, schreitet unter den budgetierten, gigantischen Kosten rasch voran. Die politische Folge der militärischen Wiedererstarkung der USA ist, dass nunmehr jederzeit der Gegenseite aus einer Position der Stärke begegnet werden kann. Neu sind amerikanische Bestrebungen, sich

die Technik der Raumfahrt und der Laserstrahlen kombiniert zu eigen zu machen und Satelliten zu entwickeln, von denen aus sowjetische Langstreckenraketen bereits kurz nach dem Start automatisch abgeschossen werden könnten. Dieses als «Star Wars» (Krieg der Sterne) bezeichnete Projekt, das die sowjetische Bedrohung durch Atomwaffen stark vermindern würde, ist auch in Grossbritannien und in der BRD auf Zustimmung gestossen. Frankreich allerdings würde ein analoges, in Europa entwickeltes Projekt vorziehen. Obschon Reagans Projekt heute noch strategische Zukunftsmusik ist, scheint es die Sowjet-Strategen stark zu irritieren, was indirekt ein Hinweis auf dessen potentielle Wirksamkeit ist.



Papstbesuch in der Schweiz

Im Juni 1984 wurde der seinerzeit wegen des Attentates auf Papst Johannes Paul II. verschobene Besuch des katholischen Oberhauptes in der Schweiz nachgeholt. Der Papst wurde bei seiner Ankunft in Kloten von Bundespräsident Leo Schlumpf begrüsst und willkommen geheissen.

Photo Keystone-Press AG, Zürich

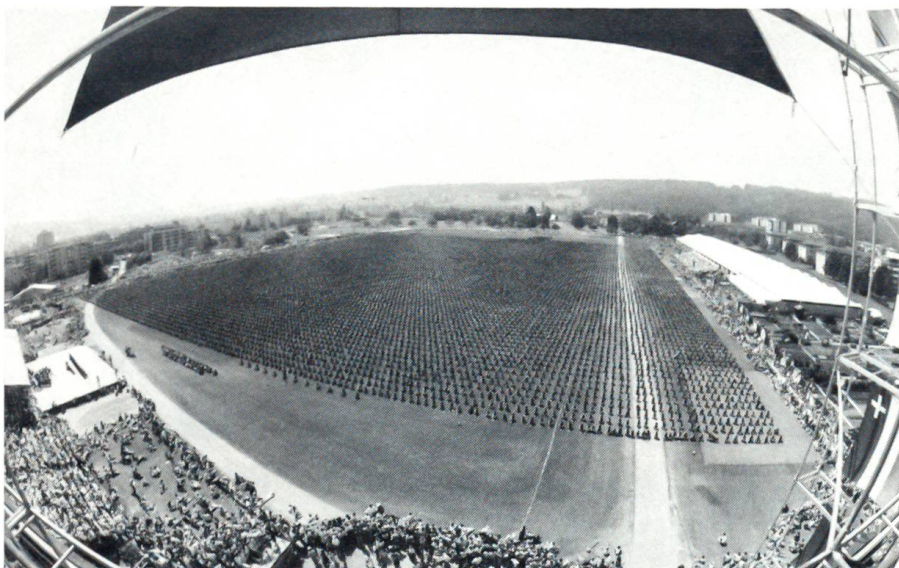
Das wichtigste Ereignis in den *Vereinigten Staaten* waren die Präsidentschaftswahlen am 6. Oktober. Mit 59% der Stimmen ist Ronald Reagan in 49 von 50 Staaten der USA wiedergewählt worden. Damit ist auch seine politische Haltung, die sich an traditionellen Werten orientiert, seine konsequente Aussenpolitik zur Eindämmung der kommunistischen Expansion in der Welt und seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die anfänglich noch stark umstritten war, honoriert worden. Das eindrucksvolle Wirtschaftswachstum der USA in den letzten Jahren, die niedrige Teuerungsrate und die Verminderung der Arbeitslosigkeit haben ohne Zweifel zu seinem Wahlerfolg stark beigetragen. Der Gegenkandidat der Demokraten, Walter Mondale, der übrigens erstmals in der amerikanischen Geschichte mit einer Frau als Kandidatin für das Amt des Vizepräsidenten aufgetreten ist, hatte unter diesen Umständen keine Chancen. Die neuerdings wieder starke Präsenz der USA hat allerdings auch ihren Preis gehabt: Sowohl das Staatsdefizit wie auch der Verschuldungsgrad der USA, zusammen mit einer stark defizitären Handelsbilanz wegen des überhöhten Dollarkurses, erregen nachgerade Bedenken für die fernere Zukunft. Es wurde allgemein erwartet, dass Reagan zu Beginn seiner zweiten Amtsperiode diesen Vorboten einer möglicherweise ungünstigen Zukunftsentwicklung durch eine Reihe von harten, korrigierenden Eingriffen Rechnung tragen würde. Doch bisher ist nichts dergleichen geschehen.

In der *Sowjetunion* hat innerhalb von zweieinhalb Jahren zum dritten Mal ein Wechsel an der obersten Spitze stattgefunden. Kon-



Die erste Frau im Bundesrat
Mit Elisabeth Kopp-Iklé wählte die Bundesversammlung im Oktober 1984 erstmals eine Frau in die Landesregierung.
Photo Keystone-Press AG, Zürich

stantin Tschernenko ist am 10. März gestorben, nachdem er, wie vor ihm schon Andropow, während längerer Zeit krankheitshalber nur noch zum Teil arbeitsfähig gewesen war. Unverweilt schritt das Zentralkomitee zur Wahl eines Nachfolgers. Diese fiel auf den erst 54jährigen Michail Gorbatschow. Damit ist nun endlich die Generation der Revolutionäre von 1917 so gut wie abgelöst worden. Im Westen werden auf den weltmännisch auftretenden und gebildeten neuen Sowjetführer etwelche positive Erwartungen gesetzt; aber seine ersten offiziellen Äusserungen weisen eher darauf hin, dass die bisherige, aggressive Politik im Kreml fortgesetzt wird. Immerhin scheinen wieder bessere Kontakte im Ost-West-Verhältnis möglich zu sein. Auch ein baldiges Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow liegt noch im laufenden Jahr im Bereich der Möglichkeit. Im Innern der UdSSR wird die unter Andropow eingeleitete, dann aber unterbrochene «Säuberung» der Hierarchie von korrupten oder unfähigen Partei- und Wirtschaftsfunktionären fortgesetzt. Organisatorische Reformen sind im Kommen; aber eine



Erfolgreiche Turnfeste der Frauen und Männer

An zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden beherbergte Winterthur im Juni 1984 die 8. Schweizerischen Frauenturntage und das 70. Eidgenössische Turnfest der Männer. Unser Bild zeigt 20 000 Turnerinnen im rhythmischen Einklang bei den gemeinsamen Schlussvorführungen.

Photo Keystone-Press AG, Zürich

wirklich ins Gewicht fallende Liberalisierung des notorisch ineffizienten Systems der Planwirtschaft zeichnet sich nicht ab. Im Verhältnis zu China sind unter Gorbatschow unverzüglich Fühler ausgestreckt worden, die ein prioritäres, aussenpolitisches Interesse der UdSSR an einer Normalisierung und Entspannung in dieser Richtung zu erkennen geben.

* * *

In der *Bundesrepublik Deutschland* ist es im Juni und Juli 1984 zu einem sehr kostspieligen Streik gekommen, der die Einführung der 35-Stunden-Woche zum Ziel hatte. Die Metallarbeiter haben eine Reduktion der Arbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden erwirkt. Die unter unerfreulichen Umständen erfolgten Rücktritte von Wirtschaftsminister Lambsdorff (27. Juni) und des Präsidenten des Deutschen Bundestags, Rainer Barzel, haben der Koalitionsregierung Kohl nicht eben gut getan, was sich auch

in einigen Länderwahlen für sie negativ niederschlug. Die geplanten Bonner Besuche Honeckers (DDR) und des bulgarischen KP-Chefs Schiwkoff sind auf Druck Moskaus wieder abgesagt worden; aber am 25. Juli hat die DDR gegen die Gewährung eines Milliardenkredits einige Reiseerleichterungen zugestanden. Am 2. April sind die beiden führenden Terroristen der RAF, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt, wegen Mitbeteiligung an der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback, Arbeitgeber-Präsident Schleyer und Bankier Jürgen Ponto zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt

worden. Es ist ihnen auch das Attentat auf den US-General Kroesen in Heidelberg zur Last gelegt worden. Die langen Schatten der Vergangenheit machten sich wieder im Zusammenhang mit dem Deutschland-Besuch Reagans wegen der wenig umsichtigen Programmgestaltung bemerkbar. Bezeichnend ist auch, dass das bundesdeutsche Parlament es für nötig fand, jede verbale Ablehnung der nationalsozialistischen Greuelthaten in den Konzentrationslagern unter Strafe zu stellen (sog. Auschwitz-Lüge).

In *Frankreich* fand am 19. Juli ein Regierungswechsel statt. Präsident Mitterand ernannte an der Stelle von Pierre Mauroy den erst 34jährigen Laurent Fabius zum Ministerpräsidenten. Bei dieser Gelegenheit erfolgte auch der längst erwartete Austritt der Kommunisten aus der Regierung. Damit ist die enge Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten, die den Sieg Mitterands in den Präsidentschaftswahlen ermöglichte, in die

Brüche gegangen. Unter der neuen Regierung erhält die Restrukturierung und Förderung der angeschlagenen Wirtschaft Frankreichs hohe Priorität. Sorgen macht neuerdings die politische Lage auf der französischen Aussenbesitzung Neukaledonien, einer grossen Insel im westlichen Pazifik, wo sich die wichtigsten beiden Einwohnergruppen nicht über einen neuen Status im von Paris zugestandenen Prozess der Dekolonisierung einigen können. Der Hochkommissar, Edgar Pisani, musste im Januar den Ausnahmezustand verfügen, worauf am 17. Januar Mitterand persönlich zu einem Blitzbesuch in Neukaledonien erschienen ist.

Grossbritannien war mit einem 12 Monate dauernden Bergarbeiterstreik konfrontiert, der am 3. März beigelegt werden konnte. Der Sieg von Mrs. Thatcher über Gewerkschaftsführer Scargill ist von grösster Bedeutung für die Anpassung der Produktion an die Bedingungen des Marktes, wogegen die Gewerkschaften immer wieder stur Front gemacht haben. Am 12. Oktober wurde in Brighton ein Bombenanschlag auf das Grand Hotel verübt, welcher der Premierministerin Thatcher und den anlässlich des Parteitags der Konservativen dort anwesenden Regierungsmitgliedern und hohen Beamten galt. Das von der IRA veranstaltete Attentat hatte einige Verletzte zur Folge, erreichte jedoch die verbrecherische Hauptabsicht nicht; Mrs. Thatcher blieb unverletzt.

Italien hat sich im Berichtsjahr durch einen konsequenten Kampf gegen die Mafia hervorgetan. Aus den Regio-

nal-, Provinz- und Gemeindewahlen im Frühjahr 1985 sind die Christdemokraten wieder gestärkt hervorgegangen. Am 20. Oktober ist in Polen von Exponenten der Geheimpolizei der die verbotene Gewerkschaft Solidarnosc unterstützende Priester Jerzy Popieluszko ermordet worden, was zu einem Prozess mit Verurteilung der Täter führte. In Indien ist am 31. Oktober die langjährige Ministerpräsidentin Indira Ghandi von zwei der Sikh-Gemeinschaft angehörenden Leibwächtern umgebracht worden. Hierauf kam es zu Rache-Massakern an den Sikhs, die mindestens 1200 Opfer forderten. Die Sikhs streben immer mehr einen eigenen Staat (Kalistan) an, um sich auch politisch von den Hindus abzusondern. Inzwischen ist von ihnen eine Untergrundbewegung organisiert worden, die im Frühjahr 1985 erstmals durch eine Serie gezielter Atten-



Grosse Erfolge der Schweizer an den Skiweltmeisterschaften 1985 in Bormio
Michela Figini (links) holte den Weltmeistertitel in der Abfahrt, und Erika Hess gewann Gold in der Kombinationswertung, während Pirmin Zurbriggen gleich drei Medaillen eroberte: Gold in der Abfahrt und in der Kombination, Silber im Riesenslalom!

Photo Keystone-Press AG, Zürich

tate zugeschlagen hat. Rajiv Ghandi, Sohn und Nachfolger von Indira Ghandi, sieht damit die von ihm verfolgte Versöhnungspolitik in Frage gestellt. Eine Giftgas-Katastrophe in Bhopal hatte 1700 Tote und rund 200 000 Verletzte zur Folge. Giftgas entströmte einem dem Union Carbide-Konzern gehörenden Werk unkontrolliert – ein ähnlicher, aber noch viel schlimmerer chemischer Betriebsunfall als seinerzeit in Seveso.

Israel wird seit dem 13. August von einer Koalitionsregierung unter dem der Arbeiterpartei zugehörigen, neuen Ministerpräsidenten Shimon Peres regiert. Die bisher herrschende Likud-Partei stellt mit Yizak Shamir den Ausenminister. Gemäss dem Koalitionsabkommen sollen in zwei Jahren die beiden Posten ausgetauscht werden. Die *Republik Südafrika* hat aufgrund einer Volksabstimmung im Juni eine neue Verfassung mit einem Dreikammersystem erhalten, je eine Kammer für die Weissen, die Mischlinge und die Inder. Am 5. Au-

gust ist der bisherige Ministerpräsident P. W. Botha zum Staatspräsidenten gewählt worden. Am 3. Oktober konnte mit Mozambique ein Vertrag abgeschlossen werden, der die bisherige Feindseligkeit dieses Nachbarstaats beendet. Dafür sind im Innern Unruhen ausgebrochen, die eine steigende Unrast unter der schwarzen Bevölkerung signalisieren. Die Apartheid-Politik, die unter Botha schrittweise abgebaut wird, stört mehr und mehr die Ausenbeziehungen von Südafrika vor allem mit den USA, wo Forderungen in den Vordergrund drängen, gegen die Regierung in Pretoria stärkeren ökonomischen Druck auszuüben.

Brasilien ist am 15. Januar mit der Wahl von Tancredo Neves zum Staatspräsidenten nach mehr als 20 Jahren der Militärherrschaft wieder zu einem demokratischen Regime zurückgekehrt. Neves konnte sein Amt nicht antreten, weil er unmittelbar nach der Wahl erkrankt und am 22. April gestorben ist. Vizepräsident José Sarney ist ihm in der Präsidentschaft

nachgefolgt. In *Argentinien* sind alle jene Generale vor Gericht gestellt worden, denen das Verschwinden von 8961 Menschen während der Militärdiktatur zur Last gelegt wird. Präsident Alfonsín will mit deren verbrecherischen Handlungen endgültig abrechnen.

* * *

Wenden wir uns nun den Ereignissen in der *Schweiz* zu. Im Berichtsjahr haben ausnahmsweise drei offizielle Staatsvisiten stattgefunden, unter denen der Besuch von Papst *Johannes Paul II.* an Bedeutung und Aufwand hervorragt. Vom 12. bis 17. Juni weilte der Papst



Gesamtverteidigungsübung in Bern

Sogar die amtierenden Bundesräte mussten sich ausweisen: auch die neugewählte Bundesrätin Elisabeth Kopp konnte ihren Arbeitsplatz nur nach Kontrolle am Eingang erreichen.

Photo Hansueli Trachsel, Bern

in der Schweiz, wo er Lugano, Genf, Freiburg, Bern, Flüeli (OW), Einsiedeln und Sitten aufsuchte. In Bern war der Papst, der auch Staatsoberhaupt der Vatikanstadt ist, Gast des Bundesrats. Dieser bereitete ihm im «Lohn» in Kehrsatz einen offiziellen Empfang in corpore. Von protestantischer Seite wurde dieser Anlass zwar als «übertrieben» oder «unnötig» kritisiert; doch war im allgemeinen die Haltung der Protestanten dem Oberhaupt der katholischen Kirche gegenüber von bemerkenswerter Toleranz und Offenheit geprägt, ja sogar freundlich. Durch den Papstbesuch sind nicht, wie ursprünglich etwas befürchtet, alte konfessionelle Animositäten wiederbelebt worden. Der Papst legte Wert darauf, in der Schweiz auch mit der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen und mit dem schweizerischen evangelischen Kirchenbund zusammenzutreffen, ja selbst mit dem schweizerischen israelitischen Gemeindebund. In Genf stattete er auch dem Ökumenischen Rat der Kirchen und dem orthodoxen Zentrum einen Besuch ab.

Ein zweiter offizieller Besuch eines Staatsoberhauptes war derjenige des regierenden Fürsten von Liechtenstein, *Franz Joseph II.*, mit Fürstin Gina. Zusammen mit dem liechtensteinischen Regierungschef Brunhart waren sie am 24. Oktober Gäste des Bundesrats. Es war dies eine Art Abschiedsvisite, hat doch Franz Joseph II. inzwischen die laufenden Regierungsgeschäfte an seinen ältesten Sohn, Erbprinz Hans Adam, delegiert, ohne freilich nominell als Staatsoberhaupt abzudanken.

Den dritten offiziellen Staatsbesuch im Berichtsjahr bestritt der schwedische König *Carl XVI. Gustav* mit seiner Gattin Silvia vom 22. bis 24. April. Er führte die Gäste nach einem vorher abgesprochenen Besuchsprogramm in verschiedene Teile des Landes. Ein Empfang durch den Gesamtbundesrat im Bundeshaus stand im Zentrum dieses Ereignisses. Die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen den beiden Ländern kam bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck, nicht zuletzt in einer launigen Rede des Bundespräsidenten, der sogar auf die in Schillers «Wilhelm Tell» erwähnte Sage ei-



Gesamtverteidigungsübung in Bern
Das Bundeshaus wurde von Soldaten abgeriegelt.
Photo Hansueli Trachsel, Bern

ner angeblich engen Verwandtschaft des schweizerischen mit dem schwedischen Volk zu sprechen kam.

Auf der innenpolitischen Ebene sind an erster Stelle einige *Volksabstimmungen* aufzuzählen. Am 20. Mai 1984 hat der Souverän die von der SPS lancierte Banken-Initiative mit einem überwältigenden Mehr verworfen (73 % Nein und 27 % Ja). Mit dem Volksbegehren hätte eine Durchlöcherung des Bankengeheimnisses zum Zweck der Bekämpfung von Steuerhinterziehungen und der Erschwerung der Entgegennahme von sogenannten Fluchtgeldern aus dem Ausland bewirkt werden sollen. Auch sah die Initiative eine Verminderung des Einflusses der Banken auf die Wirtschaft und die Schaffung einer allgemeinen Versicherung für Spareinlagen vor. Die wuchtige Abfuhr zeigte, dass die Chiasso-Affäre, in deren trüben Wassern die Banken-Initiative zu fischen suchte, das Vertrauen der Schweizer in die Banken nicht wirklich geschädigt hat. Hierzulande werden nach wie vor die eigenen Geldangelegenheiten als Privatsache angese-



*Der neue Berner Gemeinderat nach den Wahlen
vom Dezember 1984*

Sitzend von links die bisherigen Gemeinderäte Marco Albisetti (Polizeidirektor), Stadtpräsident Werner Bircher und Heinz Bratschi (Gesundheits- und Fürsorgedirektor). Stehend von links die neugewählten Gemeinderäte Alfred Neukomm (Direktor der Stadtbetriebe), Gret Haller (Schuldirektorin), Marc-Roland Peter (Bau- und Planungs-
direktor) und Josef Bossart (Finanzdirektor).

Photo Hansueli Trachsel, Bern

hen! Am gleichen Wochenende ist auch noch über eine Volksinitiative der Nationalen Aktion gegen den «Ausverkauf der Heimat» abgestimmt worden, die den Erwerb von Liegenschaften durch Ausländer drastisch hätte einschränken sollen. Diese Initiative ist knapp abgelehnt worden.

Der Urnengang vom 23. September galt der Energie- und der Atominitiative. Die beiden Volksbegehren waren darauf angelegt, den Bau weiterer Kernkraftwerke zu verunmögli-

chen, was inskünftig eine dramatische Elektrizitätsknappheit bewirkt hätte. Die Wogen im Abstimmungskampf gingen hoch; aber die Befürworter strapazierten mit so bedenkenlosen polemischen Behauptungen den Bogen der Glaubwürdigkeit, dass die an sich noch vorhandene Chance der mildernden der beiden Volksinitiativen zusehends zunichte gemacht wurde. Beide Volksbegehren wurden verworfen (55% Nein, 45% Ja). Am 2. Dezember ist sodann mit dem wuchtigen Nein von 84% eine von der Linken portierte Mutterschafts-Initiative bachab geschickt worden, welche u. a. einen langen, bezahlten Eltern-Urlaub (für Vater oder Mutter) hätte einführen sollen. Am gleichen Abstimmungstermin ist ein neuer Radio- und Fernsehartikel angenommen worden. Gleichentags billigten die Stimmbürger auch eine institutionalisierte Hilfe an die Opfer von Gewaltverbrechen, welche bisher hierzulande zumeist ohne materielle Kompensation geblieben sind.

Schliesslich fand am 9. März nochmals ein Urnengang statt. Eine Volksinitiative der SPS und des Gewerkschaftsbundes, die eine Verlängerung der bezahlten Ferien zum Inhalt hatte, wurde mit einem Stimmenverhältnis von 9:5 abgelehnt. Durch eine inzwischen erfolgte Erhöhung der Ferienminima im Obligationenrecht war diese Initiative weitgehend überflüssig geworden, und die Verankerung eines Ferienanspruchs auf der Verfassungsebene erschien offensichtlich der Mehrheit als nicht opportun oder verfehlt. Drei weitere Vorlagen galten der geplanten Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, die auch die im Verlaufe der Zeit kompliziert und unsinnig gewordenen Finanzströme in beiden Richtungen vereinfachen soll. Zwei dieser den Bund in bescheidenem Rahmen finanziell entlastenden Vorlagen sind vom Souverän angenommen worden. Mit eher nur knappem Stimmenmehr wurden Bundesbeiträge an das Gesundheitswesen (Lebensmittelkontrolle) in den Kantonen gestrichen, mit etwas deutlicherem Mehr auch die heute überflüssig gewordenen Subventionen des Bundes an die Primarschulen, die Sache der Kantone und Gemeinden sind.

Hingegen scheiterte die Aufhebung von Bundesbeiträgen an Stipendien und andere kantonale Ausbildungsbeihilfen.

* * *

Im *Parlament* wäre eine lange Reihe von politischen Entscheiden zu erwähnen. In der Sommer-Session 1984 wurde das Rüstungsprogramm verabschiedet, wobei sich allerdings die Diskussion über gewisse kontroverse Aspekte der Beschaffung des Panzers Leopard 2 noch über das Jahr hinwegzog, bis schliesslich in der Dezember-Session der Entscheid fiel, es seien statt der ursprünglich beantragten 420 Panzer dieses Typs nur deren 380 zu beschaffen, die grösstenteils in Lizenz in der Schweiz herzustellen sind. Es resultiert daraus eine namhafte Einsparung, aber nicht soviel wie bei «Kauf ab Stange». In der Herbst-Session ist ein neues landwirtschaftliches Pachtrecht verabschiedet worden, das die Stellung des Verpächters verbessert, sowie die Revision des Ehe- und Güterrechts, welches eine radikale Gleichstellung von Mann und Frau zu verwirklichen trachtet. Gegen die letztere Vorlage ist ein Referendum zustande gekommen, das von der SVP und vom Gewerbeverband getragen wird.

In die Herbst-Session fiel ein ganz unübliches und spektakuläres politisches Ereignis: Wegen des aus gesundheitlichen Gründen auf den 20. Oktober erfolgten Rücktritts von Bundesrat Friedrich musste plötzlich eine *Ersatzwahl in den Bundesrat* vorgenommen werden. Am 2. Oktober wählte die Vereinigte Bundesversammlung die 47jährige Zürcher Nationalrätin und Gemeindepräsidentin von Zumikon Elisabeth Kopp im ersten Wahlgang mit 124 Stimmen in den Bundesrat. Die Fraktion der FDP hatte eine Doppelkandidatur mit Frau Kopp und dem Parteipräsidenten Bruno Hunziker (AG), aufgestellt. Hunziker unterlag mit ehrenvollen 95 Stimmen. Mit Elisabeth Kopp ist zum ersten Mal eine Frau in die Landesregierung gelangt. Sie folgte ihrem Vorgänger auch an der Spitze des Justiz- und Polizeidepartements nach, zu welchem sie als Juristin eine

persönliche Affinität hat. Die Begeisterung über diese Wahl war gross. Als Kandidatin blieben freilich Frau Kopp einige bössartige Anwürfe, die indessen nicht ihr, sondern ihrem Ehemann galten, nicht erspart.

In der Winter-Session erfolgte die Zustimmung des Parlaments zum Beitritt zur UNO, wie er vom Bundesrat beantragt worden ist, und ferner die Zustimmung zu einem neuen Bürgerrechtsgesetz, das die Gleichberechtigung der Kinder aus Ehen mit Ausländern bringt. Am 5. Dezember wählte die Bundesversammlung Bundesrat Kurt Furgler mit 177 Stimmen zum Bundespräsidenten für das Jahr 1985, während turnusgemäss sein Parteikollege Bundesrat Alphons Egli zum Vizepräsidenten erkoren wurde. Der Zufall will es, dass 1985 gerade auch noch auf dem Präsidentensessel des Nationalrats in der Person von Arnold Koller (AI) und des Ständerats in der Person von Markus Kündig (ZG) je ein Vertreter



Der neugewählte Staatsschreiber Dr. Kurt Nuspliger
Photo Hansueli Trachsel, Bern

ter der CVP die Geschäfte zu führen hat. Ein Jahr lang sind somit die höchsten Chargen der Eidgenossenschaft gewissermassen von dieser Partei monopolisiert.

Um mit Rückständen auf der parlamentarischen Traktandenliste aufzuräumen, war früh im neuen Jahr eine Sondersession geplant. Die Sondersession musste dann teilweise umfunktioniert werden, weil im Hinblick auf die Behandlung dringender Massnahmen gegen das Waldsterben von sozialdemokratischer Seite kurzfristig eine zweite Sondersession gefordert wurde. So kam es, dass unter der Bundeshauskuppel anfangs Februar ein Riesenpalaver zu ökologischen Fragen über die Bühne ging, während im Nationalrat als Zweitrat auch noch die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst und eine Revision des Kartellgesetzes verabschiedet wurde. Der Ständerat konnte allerdings aus Zeitgründen auf die konkreten Massnahmen gegen das Waldsterben, die im wesentlichen als Ziel die Verminderung der Luftverschmutzung (vornehmlich durch den Strassenverkehr) auf den Stand von 1950/60 anvisieren, erst drei Wochen später in der Frühjahr-Session eintreten.

In der Frühjahrs-Session wurde ein zweites Paket von Massnahmen für die Wirtschaft unter Dach gebracht. Das Parlament stimmte auch der Einführung einer Innovationsrisikogarantie zu, die den kleineren und mittleren Privatunternehmen der Industrie einen Impuls zur Einführung neuer Methoden und Entwicklung neuer Produkte vermitteln soll. Dafür sollen, verteilt über 10 Jahre, 100 Millionen aufgewendet werden. Gegen diese Vorlage ist erfolgreich das Referendum ergriffen worden, so dass der Souverän dazu das letzte Wort haben wird.

* * *

Nach wie vor nicht ins Gleichgewicht gebracht sind die *Bundesfinanzen*. Aber die Entwicklung geht doch langsam in der richtigen Richtung voran. Betrug das Defizit in der Finanzrechnung für 1983 noch 855 Millionen, so wurden im Rechnungsjahr 1984 die roten Zahlen im Bundeshaushalt fast halbiert. Die Fi-

nanzrechnung schloss mit einem Defizit von nur noch 448 Millionen. Dieses bessere Resultat ist auf ein stärkeres Wachstum der Einnahmen (9,1%) zurückzuführen. Aber unbefriedigend geblieben ist immer noch die Drosselung des Ausgabenwachstums, das mit 6,7% weit über der Teuerungsrate liegt und somit immer noch nicht genügend unter Kontrolle gebracht ist. Der Optimismus, das Rechnungsjahr 1986 werde den Ausgleich bringen, ist inzwischen wieder verfliegen. Nicht alles läuft wie gewünscht.

Auf der Einnahmenseite fallen nun die 200 Millionen weg, welche als Kompensation für Anteile am Treibstoffzoll seitens der Kantone an das Defizit der regionalen SBB-Strecken dem Bund hätten vergütet werden sollen. Der Widerstand der Kantone war übermächtig. Die Autobahnvignette und Schwerverkehrsabgabe scheinen weit weniger abzuwerfen als geschätzt. Noch mehr Sorgen bereiten auf der Ausgabenseite die Rubriken «Landwirtschaft» und «Bundesbahnen». Das Ausgabenwachstum im Bereich «Landwirtschaft und Ernährung» betrug 1984 volle 10,5%, wobei vor allem die Milchrechnung einen Hochsprung (über eine Milliarde Bruttoaufwand des Bundes) vorzeigt.

Das Ergebnis der *SBB* blieb hinsichtlich des vom Bund zu leistenden Aufwands mit 304 Millionen Defizit immer noch enttäuschend. Der vielgelobte Leistungsauftrag ist obsolet geworden. Wenn man die gegenwärtig seitens des Bundes geleisteten Abgeltungen gemeinwirtschaftlicher Leistungen an die SBB hinzuzählt, so kosten die Bahnen den Bund heute jährlich weit über eine Milliarde! Dabei treffen die teuerungsbedingten Tarifierhöhungen mehr und mehr auf dezidierten Widerstand, ja von sozialdemokratischer Seite werden sogar drastische Tarifiermässigungen gefordert, die ein zusätzliches Loch in der Grössenordnung von 400 Millionen schaffen würden. Die möglichen Frequenzverbesserungen würden nämlich nicht im entferntesten ausreichen, die ordentlichen Einnahmenausfälle auszugleichen.

Die SBB machen derweilen bewundernswerte Anstrengungen für eine bessere Zukunft.

Mittlerweile ist die Maximierung der Geschwindigkeiten auf den Hauptstrecken aufgrund eines entsprechenden Aus- und Neubaus (NHT) fallengelassen und durch ein «Projekt Bahn 2000» ersetzt worden. Es soll damit den Bahnbenützern auf dem ganzen Bahnnetz eine vermehrte Attraktivität geboten werden, indem an einer grösseren Zahl von Knotenpunkten das Umsteigen durch sorgfältige Koordinierung der Halte- und Abfahrtszeiten garantiert würde. Im argen liegt auch das finanzielle Resultat des Güterverkehrs. Hier soll die am Jahreswechsel erfolgte Einführung eines neuen Stückgutkonzeptes mit eingeplantem Abhol- und Zulieferungsdienst am Domizil der Kunden («Cargo Domizil») die Konkurrenzaussichten der Bahnen verbessern.

Glücklicherweise sind wenigstens die PTT-Betriebe für den Bund gegenwärtig keine Last. Die letzte Taxerhöhung hat wieder ein so grosses Polster geschaffen, dass aus den Betriebsergebnissen alljährlich 150 Millionen an die Bundeskasse abgeliefert werden können. Die Crux der PTT sind indessen nach wie vor die enormen Personalkosten: Im Gleichschritt mit dem Teuerungsausgleich schwinden laufend die Gewinne wieder dahin; es werden notabene periodisch neue Taxerhöhungen nötig, wenn die roten Zahlen vermieden werden sollen!

Am 12. September beschloss der Bundesrat, zwecks Verminderung der Schadstoffe die Tempolimiten auf den Autobahnen von 130 auf 120 km/h und auf den übrigen Ausserortsstrecken von 100 auf 80 km/h zu reduzieren.



Der abtretende und der neue BLS-Direktor

Das höchste Amt bei der Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn wechselte vom zurücktretenden Fritz Anliker (links) zu Martin Josi, dem früheren Staatsschreiber des Kantons Bern.

Photo Hansueli Trachsel, Bern

Nach und nach ist auch bleifreies Benzin an den Zapfsäulen eingeführt worden, doch machen mit Katalysatoren ausgerüstete Automobile erst wenige Prozent des Fahrzeugbestandes aus.

Die Einführung der *Schwerverkehrsabgabe* führte zu Gegenmassnahmen im Ausland, die von Bundesrat und Parlament nicht vorausgesehen worden waren. Von Italien abgesehen gelang es nicht, die ausländischen Regierungen von der Erhebung von entsprechenden Sonderabgaben auf grenzüberschreitenden schweizerischen Lastwagen abzubringen. Die Erbitterung darüber ist im schweizerischen Transportgewerbe gross. Sie führte am 17. Dezember zu einer vorübergehenden, demonstrativen Blockierung von 30 Grenzübergängen durch schweizerische und französische Lastenzüge. Der Bundesrat machte aber auf diesen Druck hin keine Konzessionen, weil er diese vom Souverän in einer Volksabstimmung sanktionierten fiskalischen Massnahmen strikt

durchzusetzen verpflichtet sei. Inzwischen sind zwei Volksinitiativen lanciert worden, welche zu einer zweiten Abstimmung in dieser Sache führen werden; doch wird es drei bis vier Jahre dauern, bis darüber neuerdings abgestimmt werden kann. In Zürich ist übrigens eine politische Partei gegründet worden, die sich für die Interessen des motorisierten Verkehrs einsetzen will.

* * *

Mehr und mehr unternehmen die Bundesräte Reisen ins Ausland, um entweder an internationalen Konferenzen teilzunehmen oder um mit ihren Kollegen im Ausland direkte Gespräche zu führen. So ist u. a. Bundesrat Furgler nach Japan gereist, und als Bundespräsident hat er in Paris Präsident Mitterrand getrof-

fen, derweilen Bundesrat Delamuraz in den USA einen Tour d'horizon in bezug auf moderne amerikanische Rüstungsentwicklungen absolviert hat. Bundesrat Aubert hat im Frühjahr 1985 Reisen auf eigene Initiative nach Tunesien einerseits und nach Damaskus, Beirut und Zypern andererseits unternommen. Auberts Reisen haben zu Spekulationen Anlass gegeben, ob er sich als Vermittler im Nahen Osten einschalten möchte. Er selber hat seine wirklichen Absichten noch nicht enthüllt. Dass unter Umständen eine Vermittlung aus einem neutralen Staat in der verfahrenen Lage im Libanon und in der endlosen Konfrontation zwischen Israel und den Arabern in internationaler Sicht heute willkommen sein könnte, ist nicht ausgeschlossen. Eine andere Frage ist, ob eine derartige Aufgabe ins Pflichtenheft des

EDA bzw. des schweizerischen Aussenministers gehöre. Ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesamtbundesrats und des Parlaments jedenfalls sicher nicht! Die Konsequenzen eines missratenen Vermittlungsversuchs zwischen Russland und Deutschland durch einen damaligen Bundesrat im Ersten Weltkrieg stellen ein Menetekel dar, das jedenfalls besser nicht in Vergessenheit geriete!

Was umfasst die Chronik des *Kantons Bern*? – An den vier eidgenössischen Abstimmungsterminen des Berichtsjahres hatten sich die Berner Stimmbürger auch zu kantonalen Vorlagen auszusprechen. Am 20. Mai haben sie zum Neubau des Berufsschulzentrums Interlaken, zum Neubau des



150 Jahre Universität Bern

Als Geschenk der Burgergemeinde Bern zum Jubiläum entsteht ein «Haus der Universität». Die im Eigentum der Burgergemeinde stehende Villa des Nobelpreisträgers für Chirurgie, Professor Dr. Emil Theodor Kocher (1841–1917) wird von der Hochschulstiftung der Burgergemeinde Bern für über sechs Millionen Franken renoviert und umgebaut. Es sollen darin vor allem Veranstaltungen durchgeführt werden, die dem Kontakt unter den Fakultäten dienen. Zudem wird das Haus auch eine Begegnungsstätte der Dozenten aller Fakultäten und ihrer Kollegen aus dem Ausland werden. Die Burgergemeinde Bern verzichtet auf die Einforderung eines Mietzinses während der kommenden dreissig Jahre.

Bezirksspitals Schwarzenburg und zur Gesamtrenovation des Lory-Spitals in Bern Ja gesagt. Nicht geneigt war der Berner Souverän anlässlich des Urnengangs vom 23. September dem Filmgesetz, einer Änderung des Steuergesetzes und dem Ausbau des Diesbach-Hauses (Justizdirektion), die abgelehnt wurden. Immerhin fand die Vorlage über den Neubau des Bezirksspitals Frutigen noch Gnade. Die beiden am 2. Dezember vor das Volk gebrachten Vorlagen über ein neues bernisches Gesundheitsgesetz und über das interkantonale Fortbildungszentrum in Tramelan wurden gebilligt. Am 10. März wurden hingegen wiederum zwei der vier zur Entscheidung gebrachten Vorlagen abgelehnt, nämlich das Einführungsgesetz zum Tierschutzgesetz des Bundes und ein Projektierungskredit für den Neubau des Frauenspitals Bern. Bei der letzteren Vorlage kam nun wohl eine zunehmende Reserviertheit gegenüber Investitionen im Gesundheitswesen zum Ausdruck, die zu Recht oder zu Unrecht für die alarmierende Kostenexplosion in diesem Bereich für mitverantwortlich gehalten werden. Beim gleichen Urnengang angenommen wurde jedoch eine Änderung der Staatsverfassung des Kantons Bern sowie die Ermächtigung der Regierung zur Anleiheaufnahme.

Am 21. Oktober kam es ausserdem zu einer Ersatzwahl in den Regierungsrat. Durch den Tod von Regierungsrat Henri Sommer war im Juli eine Vakanz entstanden. Dessen Nachfolger wurde der bisherige Verwalter der Höhenklinik Heiligenschwendi, Grossrat René Bärtschi (SP). Es handelte sich um eine unbestrittene Ersatzwahl ohne Gegenkandidat, weshalb es offenbar viele Wähler nicht für nötig hielten, sich zur Urne zu bemühen. Die Stimmbeteiligung betrug lediglich 6,6%, was einen absoluten Rekord nach unten darstellen dürfte! Auch im Grossen Rat kam es zu einer Ersatzwahl. Der bisherige Staatsschreiber Martin Josi ist zum Direktor der Berner Alpenbahngesellschaft BLS berufen worden. An seiner Stelle wählte der Grosse Rat Dr. Kurt Nuspliger (SP), einen der beiden Vize-Staatsschreiber.

Unter den Honoratioren des Kantons Bern waren zwei Todesfälle zu beklagen. Am 21. April starben gleichen Tags alt Bundesrat Rudolf Gnägi, der seine Karriere als Parteisekretär der SVP und als Regierungsrat in Bern begonnen hatte, und der ehemalige bernische Regierungsrat Fritz Moser, der sich als Vorgänger von Regierungsrat und Nationalrat Werner Martignoni als Finanzdirektor (1958–1974) ausgezeichnet hatte.

Im Berichtsjahr kam es auch zu einer politischen Affäre: Am 24. August richtete der Revisor der kantonalen Finanzkontrolle, Rudolf Hafner, einen Aufsehen erregenden Bericht an die Grossräte, worin die bernische Regierung der missbräuchlichen Verwendung von Steuer- und Fondsgeldern bezichtigt wurde. Der Hauptpunkt der Beanstandungen in diesem Bericht betrifft die Verausgabung von Geldern der SEVA-Lotterie, die eine Art von «Reptilienfonds» darstellen sollen. Zur Abklärung dieser Vorwürfe hat der Grosse Rat eine besondere Untersuchungskommission von 17 Mitgliedern eingesetzt, deren abschliessender Bericht aber noch aussteht.

Erwähnenswert ist hinsichtlich der parlamentarischen Tätigkeit noch, dass der Grosse Rat in der November-Session seine Zustimmung zum mit dem Kanton Jura ausgehandelten Konkordat über die Vermögensteilung zwischen Bern und dem neuen Kanton gegeben hat. Damit ist diese delikate Angelegenheit zehn Jahre nach den denkwürdigen Kaskaden-Abstimmungen, die den Weg zur Gründung des Kantons Jura freigelegt hatten, in einem freundeidgenössischen Sinn zum Abschluss gebracht worden! Zwar sind die praktischen Beziehungen zwischen Bern und Delémont heute so gut wie normalisiert; aber einmal mehr ist im Kanton Jura ein politisches Feuerchen geschürt worden, das in Bern nicht unbeachtet bleiben konnte. Das Parlament des Kantons Jura hat nämlich eine «Wiedervereinigungskommission» ins Leben gerufen, die sich die offen deklarierten Annexionsabsichten des Rassemblement jurassien gegenüber dem aufgrund eines klaren Willensentscheids bernisch gebliebenen südlichen Teil des Jura

ganz offiziell zu eigen zu machen scheint. Weil der Bund kraft Bundesverfassung die territoriale Integrität der Kantone zu garantieren hat, adressierte der Regierungsrat des Kantons Bern unter Bezugnahme auf diese verfassungswidrigen Machenschaften im Kanton Jura ein Schreiben an den Bundesrat. Die Antwort des Bundesrats auf diesen Protest war für Bern wenig befriedigend. Der Bundesrat stellte sich auf den Standpunkt, der Kanton Jura könne sowieso nichts verwirklichen ohne Mitwirkung des Kantons Bern. Der berühmt-berüchtigte Artikel 138 des Entwurfs zur jurassischen Kantonsverfassung (Wiedervereinigungsartikel) sei, weil er mit der Bundesverfassung nicht vereinbar ist, seinerzeit ja ex officio gestrichen worden. Dieses Alibi des Bundes steht freilich heute noch aufrecht; aber man kann sich fragen, ob der Bundesrat nicht besser beraten wäre, neuen Anfängen unverzüglich zu wehren, sobald es sich nicht nur um Meinungsäusserungen, sondern um Ansätze zur staatsrechtlichen Konkretisierung verfassungswidriger Absichten handelt.

Der Sommer 1984 war geprägt von Manifestationen zum 150. Jubiläum der Universität Bern, von der 600-Jahr-Feier der Zugehörigkeit von Burgdorf und Thun zu Bern (mit einem Sternmarsch) und von der am 25./26. August begangenen Feier «125 Jahre Aaretalbahn Bern–Thun». An der vom 11. bis 21. Oktober abgehaltenen Olma in St. Gallen war der Kanton Bern «Gastkanton». Er erhielt Gelegenheit, sich durch zahlreiche Veranstaltungen – darunter auch eine Sonderschau «Bärn – gäbig – läbig» und eine permanente Viehschau – zu präsentieren. Besonders erfolgreich war ein Riesenumzug am 13. Oktober.

Das Berner Stadttheater ist während 28 Monaten umgebaut und im Oktober wieder eröffnet worden. Zur Feier der Wiedereröffnung wurde die Oper «Tannhäuser» von Richard Wagner aufgeführt, welche bereits im Jahre 1903 anlässlich der Ersteröffnung des Stadttheaters Bern gespielt worden war. Das Kunstmuseum Bern glänzte durch eine hervorragende und aus aller Welt bestückte Ausstellung über das Frühwerk von Picasso. Die ein-

zigartige Bilderschau zog einen riesigen Besucherstrom von Dezember bis Februar in die Ausstellungsräume an der Hodlerstrasse. Nicht minder als Magnet wirkte eine in Inszenierte Ausstellung zum 75. Todestag von Albert Anker, der bereits anlässlich seines 150. Geburtstags vor drei Jahren auf die gleiche Weise geehrt worden war. Diesmal ging es darum, hauptsächlich Werke aus Privatbesitz vorzuzeigen, die wenig oder gar nicht bekannt sind. Die aus der ganzen Schweiz herbeigekommenen Besucherlegionen stauten sich am Eingang zeitweise so, dass Wartezeiten von bis zu vier Stunden in Kauf genommen werden mussten.

An schwereren Unglücken ist in der Berichtsperiode ein Unwetter im Juli, das im Berner Oberland etwelche Schäden verursachte, ein irrtümlich ausgelöster Lawinnenniedergang an der Jungfrau-Bahn, der eine Lokomotive mit sich in die Tiefe riss und dem Lokomotivführer das Leben kostete, sowie ein Zugunglück mit vier Toten bei der Papierfabrik Deisswil auf der Strecke Bern–Solothurn zu melden. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind noch die Folgen eines Erdbebens an der Staatsstrasse nach Adelboden. Das wiederhergestellte, ursprüngliche Trasseer erwies sich als unsicher, weshalb am 22. Oktober zur Abwendung weiterer Gefahren eine grosse Sprengung vorgenommen werden musste. Die Wiedereröffnung dieser Strecke erfolgte am 30. Oktober für den Fahrverkehr, so dass nun die Zufahrt nach Adelboden wieder problemlos ist.

Hans Rudolf Böckli

ÖL

Ein amerikanischer Ölmillionär sagte bei seinem Besuch in Vallauris zu Pablo Picasso: «Mister Picasso, ich habe die grösste Hochachtung vor Ihrer Arbeit. Was Sie da machen, ist einfach phänomenal!» – «Verstehen Sie denn etwas von Malerei?» fragte Picasso. – «No, no», sagte der Ölmagnat. «Aber ich finde es einfach atemraubend, wieviel Geld Sie für so wenig Öl bekommen.»